

K. NACHHALTIGKEIT UND UMWELTPOLITIK

Antragsteller: DGB Bundesjugendausschuss

Titel: ***Nachhaltigkeit als Handlungsprinzip (Leitantrag)***

Beschluss:

„Nachhaltigkeit“ steht für die Einheit von Ökologie, Ökonomie und sozialer Sicherheit. Als nachhaltig bezeichnen wir eine Entwicklung, wenn sie die Lebensqualität in dieser Generation durch Abstimmung zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Interessen, durch internationalen Ausgleich und eine breit angelegte Beteiligungsstrategie sichert und gleichzeitig zukünftigen Generationen Optionen eröffnet, ihr Leben zu gestalten.

Nachhaltigkeit erfordert insbesondere in Verantwortung für die "Eine Welt" "global zu denken" und "lokal zu handeln", vor allem auch in Schule und Ausbildung.

In der Agenda 21, dem globalen Aktionsprogramm für eine Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, werden die Akteure für die Umsetzung einer Nachhaltigkeitsstrategie benannt und ihre Aufgaben definiert; dabei fordert das Kapitel 29 „die Stärkung der Rolle der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften“. Als Ziel ist „die Bekämpfung der Armut sowie eine nachhaltige Vollbeschäftigung als Beitrag zu einer sicheren, sauberen und gesunden Umwelt“ genannt, wobei sowohl die Arbeitsumwelt wie auch die natürliche Umwelt gemeint ist.

Bisher verbraucht das wohlhabende Fünftel der Weltbevölkerung 86% der natürlichen Ressourcen, während die Hälfte der Menschen in Armut lebt. Es ist offenkundig, dass nicht alle Menschen dieser Erde von der Globalisierung profitieren und die Früchte deregulierter Kapital- und Handelsmärkte ernten. Die DGB-Jugend fordert deshalb nach wie vor die Einführung der Tobin-Steuer.

Es geht darum, Handlungsspielräume der Politik gegenüber den internationalen Märkten zurück zu gewinnen. Außerdem soll eine Umverteilung von Geldern finanzkräftiger Anleger auf die armen Regionen ermöglicht werden. Die Tobin-Steuer ist nur eines von mehreren denkbaren Instrumenten zur Verhinderung von Finanzkrisen, in deren Folge massive Arbeitsplatz- und Einkommensverluste sowohl in Entwicklungsländern als auch in den Industriestaaten entstehen könnten.

Für uns Gewerkschaften steht die tatsächliche Durchsetzung grundlegender ArbeitnehmerInnenrechte der Internationalen Arbeitsorganisation im Vordergrund, beispielsweise das Verbot der Kinderarbeit und die ungehinderte Betätigung von Gewerkschaften. Der DGB wird sich deswegen aktiv in die Debatte um eine gerechte, soziale und ökologisch verantwortbare Weltordnung einschalten. Es ist das Interesse der Gewerkschaften, sich mit Menschen zu verbünden, die vorwiegend in Europa für eine gerechtere Welt aufstehen. Sie handeln aus demselben Impuls, der auch die Gewerkschaften bewegt: Die Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt.

Gemeinsam mit Umwelt- und Entwicklungsverbänden fordert die DGB-Jugend eine verbindliche Konvention über Unternehmensverantwortung. Angesichts der Tatsache, dass sich unter den 100 größten ökonomischen Einheiten auf der Welt 51 Konzerne und nur 49 Staaten befinden und die 500 größten Konzerne zwei Drittel des Welthandels kontrollieren, sei aber die Mitwirkung der Unternehmen an einer nachhaltigen Entwicklung unabdingbar: Es gibt keine Nachhaltigkeit ohne sie. Überlegungen zu der Frage, wie die großen Konzerne endlich wirkungsvoll dazu verpflichtet werden können, Umwelt- und Sozialstandards nicht nur zu deklarieren, sondern auch wirklich einzuhalten, müssen zwingend zu einem Ergebnis führen.

Wir fordern eine langfristige Gewerkschaftspolitik, die die Nachhaltigkeitsprinzipien in unserer Gesellschaft und Wirtschaft einbringt. Beispielhaft und zur Verdeutlichung der umfassenden Wirkungsweise des Ansatzes einer nachhaltigen Entwicklung positionieren wir uns zu vier Punkten:

1. Suffizienz
2. Mobilität
3. Arbeit
4. Gesundheit

1. Suffizienz – Viel besitzen oder mehr Leben?

Suffizienz bedeutet wörtlich übersetzt „ausreichend“ oder „genügend“ und kann als eine Art Selbstbegrenzung verstanden werden, die Menschen weiterbringen und zusätzlich auch den Öko- und Soziosystemen der Erde helfen. Die Vorzüge eines jeden einzelnen Menschen können z.B. darin liegen, dass das Leben stress freier, genussvoller und gesünder ist – und damit die Lebensqualität positiv beeinflusst.

In den reichen Industrieländern hat sich in den letzten beiden Jahrhunderten ein hoher Güterwohlstand gebildet. Dabei haben sie bis heute den überwiegenden Teil der natürlichen Ressourcen in Anspruch genommen und sind im gleichen Maße für die ökologischen Gefährdungen verantwortlich.

Auch haben sie mit ihrer politischen Dominanz und ihrer wirtschaftlichen Macht große soziale Ungleichheiten in der Welt erzeugt und in Kauf genommen. Ohne Ausgleich der globalen Lebenschancen wird es keinen Frieden, und ohne Frieden wird es keine Sicherheit geben, und ohne beides wird die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen nicht gelingen. Nur ein hohes Maß an Ausgleich, an Gerechtigkeit wird das Wohlergehen der reichen Länder schützen können.

Bei allen Zukunftsszenarien wird deutlich, dass Zukunftsfähigkeit mit Effizienz-Gewinnen und Wirtschaftswachstum allein nicht erreichbar ist, erst recht nicht, wenn im globalen Maßstab die Bevölkerungszunahme und das Wachstum der Konsumansprüche einbezogen werden. Technologische Innovationen sind für die Zukunftsfähigkeit zwar wichtige, aber eben nicht hinreichende Bedingungen.

Daraus ergeben sich für uns folgende Aufgaben und Forderungen:

- Voraussetzung für ein suffizientes Verhalten ist in den Augen der DGB-Jugend eine gerechte Reichumsverteilung sowohl innerhalb einer Gesellschaft als auch zwischen den Gesellschaften.
- Suffizientes Verhalten soll nicht als „Opfer“ oder Verzicht verstanden werden, sondern kann als eine Bereicherung/Gewinn empfunden werden. (z.B. ist Car-Sharing ein Ansatz, der vielen von uns ermöglicht, ein Auto zu nutzen ohne es zu besitzen.)
- Ein umfassendes Suffizienzkonzept im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung zielt auf Weiterentwicklung des Lebens-, und Wirtschaftsstils für uns alle ab. Nicht immer mehr Warenproduktion-, Einkommens- und Ex und Hopp-Konsum trägt zu Glück bei, sondern eine ausreichende und gerechte Verteilung von Besitz.
- Der Frage nach den Qualitäten menschlichen Wohlbefindens und Zusammenlebens muss Vorrang vor qualitätsblindem Wachstumsstreben, welches allein die Steigerung des Bruttosozialproduktes mit guten bzw. besseren Lebensverhältnissen gleichsetzt, eingeräumt werden.
- Anstelle des Zwangs zur Konkurrenz im freien Wettbewerb müssen kooperative Formen des Miteinander- Wirtschaftens verstärkt in den gewerkschaftlichen Denkhorizont rücken. Denn soziale, kulturelle und ökologischen Verantwortung wirtschaftlichen Handelns kön-

nen in kapitalistischen Gesellschaften nicht dauerhaft über sozialpartnerschaftliches Verhalten gewährleistet werden.

- Suffizienz als praktiziertes selbst bestimmtes, maßvolles Leben in unserer Gesellschaft sichtbar und erlebbar machen und somit Verantwortung für die Generationen neben uns (durch Verteilungsgerechtigkeit) und nach uns (durch Ressourcenschonung) zu übernehmen.

2. Nachhaltige Mobilität – oder mobil in das organisierte Chaos?

Der strategische Lösungsansatz für nachhaltige Mobilität liegt in der Effizienzsteigerung. Das Ziel besteht darin, ein hohes Mobilitätsniveau möglichst verkehrseffizient zu erreichen und die heute vom Verkehr ausgehenden Belastungen der Umwelt zu vermindern.

Daraus ergeben sich für uns folgende Aufgaben und Forderungen:

- Verkehrsverlagerung, d.h. soweit möglich wird der motorisierte Individualverkehr vermieden und durch umweltverträgliche Verkehrsmittel ersetzt. Dabei darf es nicht zu einem Qualitäts-, Bequemlichkeits- oder Zeitverlust führen. Den ÖPNV fortschrittlich zu gestalten und weiterzuentwickeln ist eine Gemeinschaftsaufgabe und darf nicht an der Leere der öffentlichen Kassen scheitern.
- Dazu benötigen wir eine Gesamtverkehrsplanung, die alle Verkehrsträger und alle denkbaren Maßnahmen zur Effizienzsteigerung einbezieht. Die ungedeckten externen Kosten des Verkehrs sind schrittweise den Verursachern anzulasten. Der Luftverkehr darf z.B. nicht länger von Steuern befreit und in Klima- und Energiekonzepten ausgeklammert werden.
- Die Potenziale der kombinierten Mobilität (z.B. Car-Sharing oder Bahn-Auto-Modelle) sind stärker auszuschöpfen und zu fördern.
- Da der Autobesitz das Mobilitätsverhalten sehr stark prägt, sind die Umsteigepotenziale, die eine Förderung autofreier Haushalte bieten, über entsprechende Rahmenbedingungen verstärkt zu nutzen. Um die großen Potenziale, die umweltfreundliche Technologien aufweisen, rascher zu verbreiten, müssen die Anreize verstärkt werden.
- Verkehrsvermeidung durch mehr kluge Mobilität. Verkehrssparende Potenziale von neuen Kommunikationstechnologien oder modernen Arbeitsorganisationsprozessen fördern.
- Insbesondere große Bauvorhaben sind frühzeitig, gesamthaft und nach einem einheitlichen Verfahren auf ihre Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft zu prüfen.

3. Arbeiten um zu Leben – oder lieber Leben um zu arbeiten?

Arbeit bedeutet Leben. Sie sichert nicht nur unsere Existenz, sondern sie gibt uns auch Teil eines Lebenszwecks und Selbstbewusstseins. Angesichts der weltweit steigenden Massenarbeitslosigkeit und der damit einher gehenden Verelendung vieler Menschen gehört zu einer nachhaltigen Gesellschaft eine gerechte Verteilung von Arbeit und existenzsichernd bezahlte Arbeit für jeden dazu.

Daraus ergeben sich für uns folgende Aufgaben und Forderungen:

- Die Definition von Arbeit muss erweitert werden. Ehrenamtliche Tätigkeiten, Hausarbeit, Pflege von Angehörigen und das Aufziehen von Kindern müssen als Arbeit anerkannt und auch von der Gesellschaft angemessen vergütet werden.
- Die Arbeitszeit muss so gestaltet werden, dass die Arbeit gerecht verteilt wird.

- Die Einkommensverteilung muss gerechter gestaltet werden.

4. Gesundheit für alle – oder für alle Stress?

Ein Mehr an Wohlstand wird in der Regel mit einem Mehr an Lebensglück verbunden. Dabei wird Wohlstand mit materiellen Zielen verbunden, obwohl das Wohlbefinden eines jeden einzelnen doch im Vordergrund stehen muss, wenn wir an einer nachhaltigen Gestaltung unseres Arbeits- und Freizeitlebens arbeiten wollen. Gesundheit steht damit im Fokus von Nachhaltigkeit. Gesundheit ist dabei mehr als die Abwesenheit von Krankheit: Gesundheit entsteht durch die Prävention des Auftretens von Krankheit und die Erweiterung von bestehender Gesundheit. Prävention und Gesundheitsförderung werden damit wichtige Strategien für unsere politische Arbeit.

Gesundheit ist ganzheitlich: Wenn Gesundheit immer körperliche, psychische und soziale Gesundheit meint, dann müssen Versorgungssysteme auf diese drei Ebenen gleichermaßen Rücksicht nehmen. Gesundheit ist gesellschaftlich: Gesund zu sein ist nicht nur ein individuelles Ziel, sondern auch ein gesellschaftliches.

Daraus ergeben sich für uns folgende Aufgaben und Forderungen:

- Arbeitsplätze müssen so gestaltet sein, dass Menschen nicht krank vom Arbeiten werden. Die Zielvision muss sein: Ein Arbeitnehmer/eine Arbeitnehmerin muss gesünder von der Arbeit kommen, als er die Tätigkeit am morgen begonnen hat.
- Arbeitsdruck und negativer Stress gehören heute zu den größten Gefahren langfristig krank zu werden. Aus diesem Grund muss eine nachhaltige, gesundheitsfördernde Arbeitsorganisation und dazu sinnvoll gestaltete Arbeitsplätze verfolgt werden.
- Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel oder dem sozialen Stand eines Menschen abhängen. Das dies selbst in Deutschland der Fall ist, kann nur als Skandal bezeichnet werden und gehört abgeschafft.
- Ein gerechtes und stabiles Gesundheitssystem kann nur solidarisch aufgebaut werden. Eine private, individuelle Gesundheitsfinanzierung führt lediglich zur Förderung der jungen, reichen und gesunden Menschen. Eine Bürgerversicherung, die alle arbeitsfähigen Menschen einschließt, ist somit aus Nachhaltigkeitsgesichtspunkten unumgänglich.

Antragsteller: DGB Bezirk Berlin/Brandenburg

Titel: ***Gerechte Verteilung der Maut-Einnahmen***

Beschluss:

Material zu „Nachhaltigkeit als Handlungsprinzip“ (Leitantrag)

Der DGB wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die durch die Maut gewonnenen Einnahmen gerechter auf alle Verkehrsmittel verteilt werden.

Antragsteller: ver.di Bundesjugendvorstand

Titel: **Atomkraftwerke abschalten**

Beschluss:

Die DGB Jugend wirkt auf die Bundesregierung ein. Folgende Ziele sollen dabei verwirklicht werden:

Alle Atomkraftwerke in Deutschland müssen so bald als möglich abgeschaltet werden. Demontierte Atomanlagen dürfen nicht exportiert oder außerhalb des Staatsgebietes der Bundesrepublik Deutschland wieder aufgebaut werden.

Die DGB-Jugend verurteilt des Weiteren den Vorstoß von ver.di und IG BCE zur Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke.

Antragsteller: DGB Bezirk Berlin/Brandenburg

Titel: **Abschaffung der Wehrpflicht**

Beschluss:

Die DGB-Jugend tritt für eine Sicherheitspolitik ein, die nationale Armeen überflüssig macht und auf so genannte Zivilschutzmaßnahmen verzichtet. Kurzfristig muss ein generelles Verbot von Waffenexporten und Atombombentests umgesetzt werden.

Die DGB-Jugend wendet sich ausdrücklich gegen Zwangsdienste aller Art. Der Wehrdienst, ob mit oder ohne Waffe, schränkt die Grundrechte auf Selbstbestimmung und freie Entfaltung erheblich ein. Durch die Abschaffung des Wehr- und Zivildienstes können viele gesellschaftlich sinnvolle Regelarbeitsverhältnisse z.B. im Bereich der Pflege, entstehen.

Da die Abschaffung der Bundeswehr nicht von heute auf morgen möglich sein wird, soll sie zwischenzeitlich als Wehrpflichtarmee weiter bestehen.

Eine Berufsarmee kommt für die DGB-Jugend nicht in Frage. Sie birgt die erhebliche Gefahr der Verselbständigung und eines Staates im Staat.